

Medienmitteilung

Thema	Resultate der Gemeindeabstimmungen vom 28. November 2010
Für Rückfragen	Peter Ammann, Präsident glp Stadt Bern, 079 222 71 90
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail: bern@grunliberale.ch www.bern.grunliberale.ch/
Datum	28. November 2010

Resultate der Gemeindeabstimmungen vom 28. November 2010

Die Grünliberalen der Stadt Bern sind hoch erfreut über das klare Bekenntnis der Stimmberechtigten zum Ausstieg aus der Atomenergie und über die Wahl der finanzpolitisch verträglicheren Umsetzungsvariante. Sie bedauern hingegen das Ja zum Budget 2011.

Die Grünliberalen der Stadt Bern (glp) sind hoch erfreut über das klare Bekenntnis der Stimmberechtigten zum Ausstieg aus der Atomenergie. Mit ihrem Ja zum Gegenvorschlag haben die Stadtbernerinnen und Stadtberner entschieden, dass es in der zukünftigen Energieversorgung ihrer Stadt für Atomstrom keinen Platz mehr gibt. Dank der Wahl für den verantwortungsvollen Gegenvorschlag kann die neue Energiepolitik, die vollständig auf erneuerbare Energieträger setzt, auch finanzpolitisch verträglich umgesetzt werden. Damit sehen die Grünliberalen ihre beiden Hauptziele bei der Abstimmung über die energiepolitischen Vorlagen vollständig erfüllt.

Die Annahme des Budgets 2011 in der Volksabstimmung wird von der glp hingegen bedauert. Sie ist der Meinung, dass dadurch eine Chance verpasst worden ist, der drohenden Neuverschuldung in den kommenden Jahren rechtzeitig entgegenzuwirken. Die glp hatte das Budget, das nur dank der Abzweigung eines Grossteils der EWB-Gewinnablieferung ausgeglichen ist, zur Ablehnung empfohlen.

Schliesslich nehmen die Grünliberalen auch die Annahme der Leistungsvereinbarung Kornhausbibliotheken und der Teilrevision des Schulreglementes zufrieden zur Kenntnis. Den Grünliberalen ist wichtig, dass bezüglich des Schulmodells eine gewisse Wahlfreiheit bestehen bleibt. Deshalb ist sie auch befriedigt über die Ablehnung des Volksvorschlags. Das Ja zum Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse nimmt die glp zur Kenntnis. Sie hatte zu dieser Vorlage Stimmfreigabe beschlossen.